

Die MDGs – ein Überblick

„Armut ist nicht Gott-gegeben. Armut kann durch gemeinsame Anstrengungen beseitigt werden. Die Strategie muss alle Sektoren und Ebenen unserer Gesellschaft umfassen, vor allem müssen dabei der Staat, der Markt sowie

die Zivilgesellschaft mit eingeschlossen werden.“ Ela Bhatt, Indien, Trägerin des Alternativen Nobelpreises, Gründerin von SEWA (Self Employed Women's Association)

Quelle: Aktionsprogramm 2015 der BRD zu den MDGs

Seit ihrem Beschluss beim Millenniumsgipfel im September 2000 bilden die acht Millenniumsziele (engl. Millennium Development Goals, MDGs) der Vereinten Nationen die große Klammer um politische sowie zivilgesellschaftliche Bemühungen, die Armut auf der Welt zu mindern. Mit Vertretern aus 189 Ländern war der Millenniumsgipfel das bis heute größte Treffen der Vereinten Nationen in ihrer Geschichte. Die Formulierung entwicklungspolitischer Rahmenkonzepte hingegen ist nicht neu: so verfassten und verabschiedeten die Vereinten Nationen seit den 1960er Jahren vier so genannte „Entwicklungsdekaden“, in welchen Strategien zur Armutsbekämpfung und internationalen Entwicklungspolitik festgehalten wurden. Die MDGs markieren jedoch eine Erweiterung auf supranationaler politischer Ebene. Sie betrachten die entwicklungspolitischen Bestrebungen nicht mehr isoliert und versuchen, der Komplexität und den zusammenhängenden Wechselwirkungen in unserer globalisierten Weltgesellschaft hinsichtlich wirtschaftlicher, ökologischer, sozialer, kultureller und politischer Entwicklungen und auf unterschiedlichen Handlungsebenen gerecht zu werden.

Entwicklungsdekaden

Kleine Geschichte der MDGs

Seit Ende des zweiten Weltkriegs formierte sich die internationale Zusammenarbeit unter dem Dach der 1945 gegründeten Vereinten Nationen und deren Unterorganisationen, um Frieden auf der Welt zu stabilisieren, Konflikte zu vermeiden und die Armut zu bekämpfen. Nun ist Armut kein „Gegner“, den man einfach bekämpfen und ausrotten könnte – sie hat vielfältige Ursachen und Erscheinungsformen. Sie sind deshalb nicht mit einfachen Lösungen zu mindern oder zu verhindern. In den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts dachten die Vertreter der Industrieländer, dass die Probleme in der so genannten „Dritten Welt“ durch

ökonomisches Wachstum gelöst werden könnten – die Entwicklungsländer sollten den Weg der Industrieländer „nachholen“ und „modern werden“. Dieser Ansatz mittels ausländischen Kapitals die Entwicklung in Entwicklungsländern anzustoßen, wurde anhand von rein wirtschaftlichen Wachstumszielen definiert und hatte als einzige Bezugs- und Vergleichsgröße das Wirtschaftswachstum der Industrieländer. Weder soziale noch kulturelle oder ökologische Einflussfaktoren, noch die Abhängigkeiten zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern oder die negativen Folgewirkungen der Kolonialzeit wurden bedacht. Die zugrunde liegende Theorie wurde Modernisierungstheorie genannt und bestimmte den entwicklungspolitischen Diskurs der ersten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen von 1961-1970. Bekannte Vertreter der Modernisierungstheorien sind z.B. Walt Whitman Rostow, US-amerikanischer Ökonom und Wirtschaftshistoriker, der US-amerikanische Politikwissenschaftler Samuel Phillips Huntington, der deutsche Soziologe Wolfgang Zapf.

In den 70er Jahren führten die Abhängigkeiten der Entwicklungsländer vom ungerechten Welthandelssystem, dessen Regeln von den Industrieländern bestimmt wurden, zur Kritik an der Modernisierungstheorie. Ausgehend von Lateinamerika forderten Politiker und zivilgesellschaftliche Vertreter aus den Entwicklungsländern die Vereinten Nationen dazu auf, in den entwicklungspolitischen Konzepten stärker auf die internen Gesellschaftsstrukturen der einzelnen Länder einzugehen und die Weltwirtschaftsordnung neu auszurichten, das daraus keine Entwicklungshemmnisse für die Entwicklungsländer entstünden. Der Bedarf an Gütern als auch an Kapital in den Entwicklungsländern war hoch, da die Programme der Modernisierungsdekade es nicht geschafft hatten, funktionierende Güterproduktionen und Binnenmärkte in den Entwicklungsländern aufzubauen. Die Industrieländer gewährten den Ent-

wicklungsländern immer höhere Kredite, damit diese die Exportgüter der Industrieländer kaufen konnten. Die wirtschaftliche sowie finanzielle Abhängigkeit der ehemaligen Kolonialländer verschärfte sich. In Abgrenzung zur Modernisierungstheorie und um die wechselseitigen Abhängigkeiten der Gesellschaften zu betonen, wurde die zugrunde liegende Kritik an den bisherigen Entwicklungsstrategien als Dependenztheorie bezeichnet. Erstmals wurde auch öffentlich diskutiert, wie sehr der Reichtum und somit das „moderne Wirtschaftswachstum“ vieler Industrienationen auf der Ausbeutung von Ressourcen der Entwicklungsländer während der Kolonialzeit basierte – und damit einhergehend Armut erst geschaffen wurde. Durch diese Kritik seitens der Entwicklungsländer an den Industriestaaten wuchsen die politischen und wirtschaftspolitischen Differenzen zwischen dem Globalen Süden und dem Globalen Norden und ebenso auf diplomatischer Ebene innerhalb der Vereinten Nationen. Die Vertreter des Globalen Südens verabschiedeten mehrere Deklarationen, um einen Umbau des Weltwirtschaftssystems anzustoßen, jedoch konnten diese gegen den Widerstand der Industrieländer nicht umgesetzt werden. Diese Differenzen prägten die zweite Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen von 1971 bis 1980. Bekannte Vertreter der Dependenztheorie sind der brasilianische Soziologe und Politiker Fernando Henrique Cardoso, der deutschstämmige Ökonom André Gunder Frank, der brasilianische Soziologe und Wirtschaftswissenschaftler Theotonio dos Santos, der deutsche Friedensforscher und Sozialwissenschaftler Dieter Senghaas.

In den 80er Jahren verschärfte sich die Schuldenkrise vieler Entwicklungsländer. Durch die Ölkrise und das Wettrüsten während des Kalten Krieges befanden sich die Industrieländer in einer wirtschaftlichen Rezession, weswegen sie um die Stabilisierung der eigenen Wirtschaften bemüht waren. Angewiesen auf den Export von Rohstoffen, traf die Senkung der Weltmarktpreise für viele Güter, wie beispielsweise Kaffee, die schwächsten Länder am härtesten. Unter dem Druck sinkender Einnahmen und steigender Zinslast wurden viele Länder zahlungsunfähig. Dadurch verlagerten sich die Strategien weg von den Verhandlungen der Vereinten

Nationen hin zu den Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Um die Zahlungsfähigkeit der Schuldnerländer zu sichern, knüpfte der IWF die gewährten Kredite an harte Bedingungen, die so genannten Strukturanpassungsprogramme. Darin wurden beispielsweise die Sozialausgaben des verschuldeten Staates für Bildung und Gesundheitswesen drastisch gekürzt, Staatsbetriebe privatisiert und Märkte liberalisiert. Ein hoher Prozentsatz des Staatshaushaltes ging in die Schuldentilgung, wodurch die Armut in der „Dritten Welt“ weiter anstieg. Im Nachhinein wird diese Entwicklungsdekade auch als „verlorenes Jahrzehnt“ bezeichnet.

1979 sprach der Club of Rome vom „menschlichen Dilemma“. Die Menschheit besitze nur unzureichende Kompetenzen, um die steigenden globalen Wechselwirkungen der Lebensverhältnisse bewältigen zu können. Als unabhängiger Rat internationaler Wissenschaftler verschiedener Disziplinen, veröffentlichte der Club of Rome im selben Jahr das mahnende Buch „Die Grenzen des Wachstums“. Erstmals wurde anhand empirischer Daten vor den Folgen exzessiven Wachstums gewarnt. Im Anschluss daran formierten sich die ökologischen Bewegungen, welche durch Konzepte zur nachhaltigen Entwicklung durch den Brundlandt-Report 1987 und auf der Rio-Konferenz 1992 an Bedeutung gewannen. Seither wird versucht Entwicklung als ganzheitliches System zu betrachten, welches die Verbindung von sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit mit wirtschaftlichem Gedeihen betont. Die Mitverantwortung globaler Probleme, wie beispielsweise Umweltschäden und Hungersnöte, wurden erstmals deutlich den Ländern des Globalen Nordens und ihren Produktions- und Konsumkonzepten zugeschrieben. Entwicklung war nun nicht mehr etwas Einzelnes, was der Globale Süden nachzuholen hatte, sondern betraf die gesamte Weltgemeinschaft und verlangte somit die Anstrengungen und Kompromisse aller Staaten im Bereich der Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Entwicklungspolitik.

Der Rio-Konferenz folgten in den 90er Jahren viele weitere Konferenzen und Gipfeltreffen, die auf bis dato

neuartige Weise Vertreter von Staaten und Nichtregierungsorganisationen zusammenführten und immer neue Aktionsprogramme formulierten. Deshalb wird diese Dekade auch als „Jahrzehnt der Konferenzen“ bezeichnet. Allerdings gelang es nur bedingt, die verschiedenen Ansprüche zu einem konsistenten Entwicklungskonzept zusammenzuführen, welches in den Umsetzungen bindend für alle Akteure hätte sein können. Zu verschieden zeigten sich die Interessen der eher sozialpolitischen Ansätze der Vereinten Nationen mit den wirtschaftlichen Paradigmen der Weltbank und des IWF.

Die Formulierung der Millenniumsziele – mit ihren Unterzielen und Indikatoren – stellt nun den Versuch dar, einen Konsens zwischen den beiden Positionen herzustellen. Am 9. September 2000 verabschiedeten 189 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen mit der Millenniumserklärung einen Katalog grundsätzlicher, verpflichtender Zielsetzungen für alle UN-Mitgliedstaaten. Armutsbekämpfung, Friedenserhaltung und Umweltschutz wurden als die wichtigsten Ziele der internationalen Gemeinschaft bestätigt. Das Hauptaugenmerk lag hierbei auf dem Kampf gegen die extreme Armut. Reiche wie auch arme Länder verpflichteten sich, die Armut drastisch zu reduzieren. Im Vergleich zu früheren Entwicklungsdekaden sind die Ziele umfassender, konkreter und mehrheitlich mit eindeutigem Zeithorizont versehen. Außerdem haben sich nie zuvor neben Regierungen auch Unternehmen, internationale Organisationen und Zivilgesellschaft so einstimmig zu einem gemeinsamen Ziel bekannt. Adressat der bislang sieben Zielformulierungen waren die Entwicklungsländer, die spiegelbildlichen Ziele für den Norden fehlten. Auf Drängen der Gruppe der 77 (G77, Länder des Südens) fügte der UN-Generalsekretär 2001 in seiner Road Map zur Umsetzung der Millenniumserklärung den ursprünglich Zielen ein achttes Ziel hinzu, dass sich an die Industrieländer richtet. Die Unterziele des MDG 8 sind im Gegensatz zu denen der anderen MDGs jedoch so allgemein und unpräzise formuliert, dass sich aus ihnen keine unmittelbaren Verpflichtungen ableiten lassen. Der UN-Generalsekretär benennt die vereinbarten Entwicklungsziele hierbei erstmals als Millennium

Development Goals (MDGs):

- MDG 1: Bekämpfung von extremer Armut und Hunger
- MDG 2: Grundschulbildung für alle
- MDG 3: Gleichstellung der Geschlechter fördern
- MDG 4: Senkung der Kindersterblichkeit
- MDG 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern
- MDG 6: Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten
- MDG 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit
- MDG 8: Aufbau einer weltweiten Partnerschaft für Entwicklung

Die internationale Staatengemeinschaft hat sich mit der Ratifizierung der MDGs verpflichtet, die weltweite extreme Armut bis 2015 zu halbieren. Nur in einem gemeinsamen kohärenten Agieren aller Akteure und Beteiligten werden sie zu erreichen sein.

Der vollständige MDG-Katalog ist im Anhang zu finden.